

# „Unterdrückte Völker“ und Revisionen

Von Alfred Rosenberg

VB  
11/11  
1936

In letzter Zeit sind viele Aufsätze über politische Revisionen erschienen mit der Absicht, immer wieder erneut Mißtrauen gegen Deutschland zu entfachen. Die Hinweise des Führers, wenn Deutschland einen derartigen Raum und fruchtbaren Boden hätte wie Rußland, dann würde es keine Mißwirtschaft und keinen Hunger geben (wie in der Sowjet-Union), werden von Moskau und seinen Helfershelfern als Eroberungspläne für den Ural umgelenkt. Die deutsche Landesverteidigung — notwendig geworden durch den Bruch der Abrüstungsverpflichtung der Versailler Mächte und durch die Drohung des roten Militarismus erscheint in Rundfunkmeldungen und in der Presse Sowjet-Judas als „Kriegsvorbereitungen“, als Vorspiel eines „Überfalls auf das demokratische Frankreich“ oder die „sozialistische Arbeiterfreiheit“ der Sowjetunion. Und schließlich wird, um die noch restlichen Staaten einzuschrecken, aus den gleichen Lügenzentralen erklärt, Deutschland verfolge nach allen Richtungen hin für sich und die anderen ehemaligen Mittelmächte den Grundsatz unbedingter und allseitiger Revisionen.

Da dieser letzte Punkt immer wieder behandelt wird, ist es nötig, hier die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung in all diesen Jahren zu umschreiben.

Nach 1919 war es menschlich nur zu verständlich, daß Stimmen laut wurden, auch einen „Bund der unterdrückten Völker“ zu bilden. Dieser Gedanke wurde natürlich auch bei uns behandelt, aber sehr bald aus nüchternen Überlegungen heraus fallen gelassen. Wir erblickten in der Kriegsentente von 1914 keine ewig dauernde Machtverbindung, sondern ein Zweckbündnis. Eine von Gefühlen allein diktierte Politik des Bündnisses der 1919 unterdrückten nebst anderen geknechteten Völkern hätte die Dauer der Kriegsentente nur verlängert. Es galt somit nach Prüfung der tiefer liegenden Kriegsursachen zu verzichten auf Kraftentwicklungen nach vielen Seiten, die die Lebensinteressen bestimmter Mächte durchschneiden könnten, die ganze Aufmerksamkeit aber um so mehr auf die unmittelbaren Lebensgeboten des deutschen Volkes selbst zu lenken. Eine derartige Politik mußte auf die Dauer die natürlichen Interessen der Völker vor dunkle Hegeabsichten stellen. Reden und Handlungen des Führers: seine Erklärungen nach der Saarabstimmung, der deutsch-englische Flottenvertrag haben gezeigt, wie bewußt, bedacht und vorsichtig der Führer vorgegangen ist.

Daraus schon ergibt sich die allgemeine Einstellung des Nationalsozialismus auch zum Problem des Revisionismus.

Wir lehnen es ab, die Völker nach dem Schema von 1919 grundsätzlich in revisionistische und antirevisionistische einteilen zu wollen. Eine Völkerkatastrophe, wie sie 1918 eintrat und durch Versailles und andere Diktate fortgeführt wurde, kommt nicht von ungefähr. Sie greift tief ein in das Schicksal der Völker, und es zeugt von einem großen Mangel für eine geschichtsbewußte Betrachtungsweise, wenn man glauben sollte, der-

artige Neuregelungen ließen sich in absehbarer Zeit in Form von Wiederherstellung des Zustandes der Vorkriegszeit wieder überwinden.

Zielformer ist uns klar gewesen: 1918 brachte schreiende Ungerechtigkeiten, die das Leben alter Kulturvölker bedrohten. Hier mußte eine gerechte Überprüfung angestrebt werden. Dann gab es zahlreiche Bestimmungen, deren Unhaltbarkeit vielen Verfassern der „Friedens-Verträge“ im Lager der Entente später selbst zum Bewußtsein kommen mußte. Hier galt es eben, auch angesichts der erst langsam abwiegenden Kriegs-Bychose Geduld zu üben. Denn die Epochen des Lebens eines Volkes müssen mit anderen Maßstäben gemessen werden wie die Zeitalter eines Einzelwesens. Und schließlich brachte 1918 auch Regelungen mit sich, deren Revision zu fordern, menschlich verständlich erschien, politisch aber unsinnig. Von einer nationalsozialistischen Revisionspolitik konnte also nur in bezug auf konkrete Forderungen, nicht „an sich“ nach allen Richtungen, auf allen Gebieten gesprochen werden.

Aus dieser sich mit viel Entsaugung verbundenen Haltung für uns selbst ergab sich auch das Verhältnis zu anderen leidenden Völkern. Wir konnten und wollten keine Erlösungsapostel für andere sein, wir konnten uns deshalb ebenjowenig ins Schlepptau der Bestrebungen anderer Völker nehmen lassen, die unsere Unterstützung anriefen, ohne sich jedoch die gleiche Beherrschung aufzuerlegen, wie wir es von uns selbst verlangen mußten. Man kann wohl sagen, daß sich diese allgemeine Einstellung bis auf heute nicht geändert hat. Die Frage politischer oder wirtschaftlicher oder militärischer Revisionen ist somit nicht „an sich“, sondern von Fall zu Fall zu behandeln.

Vielleicht tragen diese Bemerkungen bei verständnisbereiten Menschen dazu bei, manche Mißverständnisse zu zerstreuen, bei den böswilligen können wir ihrer Natur entsprechend keine Änderung in ihrer gegenwärtigen Arbeit herbeiführen. Starre Vertretungen des ganzen Unrechts von 1919 einerseits und phantastische Revisionswünsche andererseits stehen sich als lebensfremde Haltungen gegenüber. Den Weg des Lebens zu finden, ihn aber dann auch mit Mut zu beschreiten, um die Zukunft vor Verzweiflung zu bewahren, das ist die hohe Aufgabe verantwortlicher Staatskunst in allen Ländern. Der Nürnberger Reichsparteitag stand im Zeichen der Abwehr gegen die Kräfte, die diese Gesundung Europas verhindern wollen. Diese große Erkenntnis gemeinsamer Gefahr mußte die Zusammenarbeit aller wirklich Europa und seine nationalen Kulturen schützenden Kräfte herbeiführen. Wir sind dazu bereit, man beschimpfe nur nicht unsere innere Lebensgestaltung, genau so wie wir uns nicht in innere Angelegenheiten anderer Völker einmischen.

Wir werden dann nicht müde werden, alles zu fordern, was Europa zu sichern, neu aufzubauen vermag.

Einheiten wohnen, ordnen die Brigaden an, welchem der beiden SA-Führer die Organisation übertragen wird.

Ich weiß, daß durch die Übernahme dieser Aufgaben allen SA-Führern und -Männern, ganz besonders aber den Sturmführern, eine ungeheure Mehrarbeit aufgebürdet wird. Ich weiß aber auch, daß meine SA-Führer und -Männer sich dieser Mehrarbeit gerne und mit größter Gewissenhaftigkeit unterziehen werden, da die Gemeinschaftsleistungen bestimmt dazu beitragen, einerseits das Ansehen und den Einfluß der SA. überall zu heben und andererseits

sich alle Bürgermeistern für das Gelingen der Gemeinschaftsarbeit einzusetzen.

Die Bezirksamtsvorstände ersuche ich, die Gemeinden hierbei in jeder Weise zu unterstützen und namentlich die erforderlichen staatlichen Genehmigungen mit größter Beschleunigung zu erteilen bzw. zu erwirken. Soweit Gemeinden mangels geeigneter Sachverständiger die Hilfe des Bezirksbaumeisters benötigen, ersuche ich, dessen Mitwirkung sicherzustellen.

München, den 12. November 1936.

Regierung von Oberbayern:  
gez. Gareis.

## Jüdische Lügen vor dem Gustloff-Prozess

Die Maßnahmen der Schweizer Bundesanwaltschaft gegen das Buch von Emil Ludwig Cohn „Der Mord von Davos“ haben ebenso wie zustimmende Schweizer Äußerungen zu dieser Maßnahme zu einem Proteststurm in der Schweizer marxistischen Presse geführt. Besonders das „Volksrecht“ in Zürich und die sozialdemokratische Presseagentur „Insa“ setzen sich für die Mörderverherrlichung durch Ludwig-Cohns vom jüdischen Haß und jüdischer Tatsachenverdrehung gezeichnete Schrift ein.

In diesem von Unwahrhaftigkeiten, Entstellungen und Hege strotzenden Buch wird auf den Seiten 40 und 41 ein angebliches Erlebnis des Gustloffmörders David Frankfurter mit seinem in Berlin wohnenden Onkel Dr. Salomon Frankfurter geschildert. Dabei soll der Onkel Frankfurters an seinem rötlichen Bart gezogen und beschimpft worden sein. Dazu bemerkt Ludwig-Cohn:

„In diesem Augenblick der Erniedrigung scheint David Frankfurters Rache beschlossen worden zu sein.“

Zu dieser Schilderung hat der Onkel selbst, Dr. Salomon Frankfurter, der am 17. Mai 1876 in Szobot in der Tschechoslowakei (früher Ungarn) geboren worden ist und jetzt als Rabbiner und akademischer Lehrer der jüdischen Hauptgemeinde Berlin tätig ist, der Polizei wörtlich folgendes mitgeteilt:

„Es ist nicht wahr, daß ich mit meinem Nefen David Frankfurter bei seinem Besuch in Berlin einen Spaziergang unternommen habe, auf dem ich auch nur der geringsten Belästigung ausgesetzt war. Insbesondere ist es nicht wahr, daß ein halbwüchsiger Bursche mich am Barte (der im übrigen schwarz und nicht rötlich ist) gezogen und dabei geschrien hat: 'Jude hepp, hepp!' Ebenjowenig hat mein Nefen David Frankfurter mir gegenüber geäußert, daß er durch eine mir zuteil werdende Behandlung gekränkt oder erregt worden ist.“

Weder mir noch einem Mitglied meiner Familie in Deutschland ist vor und nach der Mähtergreifung, auch nicht nach der Mordtat in Davos, ein Unrecht oder eine Belästigung persönlicher Art zugefügt worden. Ich bin, falls erforderlich, auch bereit, diese Aussage vor einem ausländischen Richter zu wiederholen.“

Diese unmißverständliche Aussage deckt die schmutzigen Methoden der Lüge auf, mit denen Emil Ludwig-Cohn versucht, die Öffentlichkeit und das Schweizer Gericht zu beeinflussen. Es wirkt auch ein sonderbares Licht auf die Wahrheitsliebe der marxistischen Zeitungen in der Schweiz, wenn sie eine Zusammenstellung derartiger Lügen als „objektive Betrachtung“ ansehen und die Bundesanwaltschaft wegen ihrer Maßnahmen gegen die Mörderverherrlichung beschimpfen.

## Der Einsatz des Arbeitsdienstes im Vierjahresplan

Eigener Bericht des Völkischen Beobachters

m. Kassel, 14. November

Die Gauplanungsleiter der 30 Arbeitsgaue des Reichsarbeitsdienstes weilten vom 12. bis 14. November in Anwesenheit des Chefs des Planungsamtes der Reichsleitung, Generalarbeitsführer Tholens, zu einer Reichstagung in Kassel. In internen Arbeitskungen wurden die Richtlinien für den künftigen Arbeitseinsatz des Reichsarbeitsdienstes besprochen und festgelegt.

Generalarbeitsführer Tholens äußerte sich in einer Unterredung mit unserem Kasseler Mitarbeiter über den Verlauf der Tagung und die behandelten Fragen u. a. wie folgt:

Zur Frage der Einschaltung des Arbeitsdienstes in den Vierjahresplan sagte Generalarbeitsführer Tholens, daß der Arbeitsdienst bereits in die Arbeiten eingeschaltet sei und daß die Aufgaben, die er durchführt, die gleichen sind, wie die des Vierjahresplans. Nur kann diese Einschaltung beliebig vermehrt werden. Der Reichsarbeitsdienst stehe in Erwartung, jetzt die vollen Möglichkeiten zu erhalten, um den bestmöglichen Einsatz zu erreichen und gleichzeitig einen Einsatz vorzunehmen, der den schnellsten Erfolg bringe. Im letzten Haushaltsjahr hat der Reichsarbeitsdienst mit dem Erfolg

gearbeitet, daß eine laufende Ertragssteigerung in Höhe von über 20 Millionen Mark erzielt wurde.

Generalarbeitsführer Tholens kam dann auf den augenblicklichen Einsatz des Reichsarbeitsdienstes zu sprechen und betonte, auch mit dem jetzigen Einsatz würde innerhalb von vier Jahren die Ertragssteigerung im nächsten Jahre um weitere 20 Millionen, im folgenden 40 und übernächsten 60 und dann auf 80 Millionen, von heute ab gerechnet, ansteigen. In drei vorangegangenen Jahren sei aber bereits eine Ertragssteigerung von 50 Millionen Mark erzielt worden.

Der Generalarbeitsführer kam dann auf die Reichstagung in Kassel zu sprechen und betonte, daß Gegenstand dieser Arbeitstagung erstens die Vermehrung des Arbeitsdiensteinsatzes mit Rücksicht auf schnellsten Abschluß jeden Arbeitsvorhabens gewesen und daß andererseits ein neuer Plan festgelegt worden sei, von dem etwa ein Fünftel, das sind gut 200 der Arbeitsdienstabteilungen, betroffen wird. Dieses Fünftel, das versorgungsbedürftig erscheint, um innerhalb des Vierjahresplanes den größtmöglichen Erfolg zu erreichen, dürfte innerhalb der nächsten Monate entsprechend verlegt werden.

ikgs

Bilanz des tschechischen Hasses

Über 200 Zwischenfälle - 1000 Verletzte!

Seit vier Wochen tobt in den sudetendeutschen Gebieten ein regelrechter Kleinrieg, der durch die fortgesetzte Deutschenhege der tschechischen Presse genährt wird.

Den Auftakt bildete der Überfall einer größeren Abteilung tschechischer Soldaten auf eine Gruppe deutscher Feuerwehrleute in Oberdorf im Adlergebirge.

Zwei Tage später kommt es zu Steinwürfen gegen die Hakenkreuzflagge in der Villa des Prager deutschen Gesandtschaftsrates und abermals zu einem Überfall auf Deutsche im Adlergebirge, wobei die Angreifer wieder tschechische Soldaten waren. Und dann bringt jeder Tag neue Zwischenfälle:

1. Mai 1938: Tschechische Polizei schlägt vereint mit Kommunisten und tschechischen Militärpersonen in Troppau von rückwärts auf deutsche Staatsbürger ein. Mehrere Personen werden niedergeschlagen und schwer verletzt.

2. bis 4. Mai 1938: In diesen Tagen kommt es zu den schweren Übergriffen der tschechischen Garnisonen in Komotau und Reichenberg.

In Trautenau finden Treibjagden auf Deutsche statt, wobei von tschechischen Garnisonsangehörigen Duzende von Deutschen widerrechtlich angehalten, durchsucht und mit Faustschlägen traktiert werden.

6. Mai 1938: Die Unruhen greifen auf Prag über, wo ein deutscher Student von einer fanatischen Menge verfolgt wird.

Am selben Tage überfallen tschechische Soldaten mit ihren Bajonetten deutsche Glasarbeiter in Mährisch-Schönberg, wobei zwei Deutsche schwer verletzt werden.

Auch in Komotau kommt es zu Überfällen tschechischer Militärpersonen auf Deutsche.

Tschechische Staatspolizei schlägt mit Gummiknüppel und Polizeisäbel auf die Menge ein, die sich vor dem Hause Konrad Henleins versammelt hatte, um ihn zu seinem Geburtstage zu beglückwünschen. Mehrere Verletzte müssen sich ärztlicher Behandlung unterziehen.

7. Mai 1938: Auch in Falkenau kommt es zu Zwischenfällen zwischen tschechischen Militärpersonen und deutschen Staatsbürgern.

8. Mai 1938: In Niedergeorgenthal ereignen sich schwere Ausschreitungen der tschechischen Minderheit gegen Teilnehmer einer deutschen Maibaumfeier.

In Prag wird ein deutscher Kraftwagenlenker wegen Deutschsprechens von tschechischen Passanten niedergeschlagen. Der Kommandant

der zuständigen Polizeiwache nimmt die Anzeige gegen die Täter nicht entgegen.

9. Mai 1938: Deutsche Kinder werden in Niedergeorgenthal auf dem Wege in die Schule von Tschechen überfallen und geschlagen. Auch in Brüx und Gorkau werden junge Deutsche von tschechischen Gendarmen grundlos angehalten, durchsucht und ins Gesicht geschlagen.

14. Mai 1938: In einer Sprachgrenzgemeinde bei Klattau überfallen Tschechen ein Auto mit SDP-Amtswaltern. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

15. Mai 1938: Jungturner aus Trupschitz werden von Tschechen mit Steinen beworfen, während sie von einem militärischen Wachtposten zum Stehenbleiben gezwungen werden. Ein ärztliches Zeugnis stellt bei fünf Turnern schwere Verletzungen fest.

16. Mai 1938: In Saaz wird ein 19-jähriger Bädergehilfe auf der Polizeiwachstube von tschechischen Staatspolizisten schwer mißhandelt.

17. Mai 1938: Bei einem Riegenturnen in Prgnitz kommt es zwischen den heimkehrenden Turnern und Turnerinnen und Tschechen zu einem Zwischenfall, bei dem Zaunlatten, Stöcke und Steine verwendet werden. Ein Arzt, der die erste Hilfe leisten will, wird angehalten, sein Auto beschädigt und er selbst durch Schläge verletzt.

18. Mai 1938: In Udwig werden SDP-Ordner, die von einem Filmvortrag nach Hause fahren, von Staatspolizisten grundlos angegriffen und fünf von ihnen werden verletzt.

19. Mai 1938: Tschechische Polizei steht in Brinn tatenlos zu, wie deutsche Frauen und Mädchen, die von einer Versammlung kommen, von Tschechen blutig geschlagen werden.

Nach einer sehr lächerlichen Bilanz, die von deutscher Seite aufgestellt wurde, haben sich in den vergangenen vier Wochen rund 35 schwere und etwa 200 kleinere Zwischenfälle ereignet, wobei es mehr als 1000 Verletzte gab. Die Regierung hat auf diesen von tschechischer Seite planmäßig entfesselten Kleinrieg in durchaus unzulänglicher Weise reagiert. Trotz wiederholter Feststellung der Schuldigen ist bisher kein einziger Fall einer exemplarischen Bestrafung der tschechischen Angreifer bekanntgeworden.